KLIMA-3 Maßnahmen einer GRÜNEN Landwirtschaft zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens

Gremium: LAG Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Beschlussdatum: 28.03.2017
Tagesordnungspunkt: 2. Klimaschutz

1 Im völkerrechtlich verbindlichen Weltklimaabkommen von Paris hat sich die
2 Staatengemeinschaft zu einer Begrenzung der Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad
3 Celsius und Anstrengungen, um eine Begrenzung auf 1,5 Grad zu erreichen
4 verpflichtet. Dafür sollen die globalen Treibhausgasemissionen in der zweiten
5 Hälfte des Jahrhunderts Netto- Null betragen. Nur durch aufschreiben der
6 Klimaschutzziele werden sie sich nicht erfüllen lassen. Allein die Energiewende
7 reicht dazu nicht aus, es braucht auch die anderen Wirtschaftsbereiche – auch
8 die Landwirtschaft. Dazu braucht es eine Agrarwende hin zu einer Landwirtschaft,
9 die umwelt-, tier- und klimafreundlich arbeitet. Gerade die Landwirtschaft ist
10 auf die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen angewiesen. Die Landwirtschaft ist
11 heute schon Leittragende der Klimakrise. In den vergangenen Jahren mussten
12 Bäuerinnen und Bauern Ertragsausfälle verkraften durch Wetterextreme wie Dürre,
13 Hagel und Starkregen.

14 Die Art und Weise, wie in einem überwiegenden Teil der Landwirtschaft
15 gewirtschaftet wird, wird sich die Klimakrise weiter verschärfen so dass der
16 relative Beitrag der Landwirtschaft an den THG-Emissionen in Deutschland weiter
17 steigen wird. Dabei bestehen viele Möglichkeiten, wie der gesamte Sektor zum
18 Klimaschutz beitragen kann.

19 Um eine realistische Einschätzung der Emissionen die durch die Landwirtschaft in
20 Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz verursacht werden, muss man den vorgelagerten
21 Bereich (beispielsweise die Dünge- und Pestizidherstellung), den freiwerdenden
22 Kohlenstoff zum Beispiel bei der Umwandlung von Moorböden in Ackerland und den
23 Kraftstoff- und Energieverbrauch miteinbeziehen.

24 Besonders ins Gewicht fallen dabei:

- 25 • Methan-Emissionen aus der Rinderhaltung; wobei Rinder, die auf der Weide
26 gehalten werden, auch unerlässlich dafür sind, CO₂-bindendes Grünland zu
27 erhalten
- 28 • entstehende Lachgasemissionen bei der Düngung und
- 29 • freiwerdende Emissionen bei der Umwandlung von Grünland und Moorböden in
30 Ackerflächen.

31 Auch in dieser Berechnung fehlt jedoch die Menge an Treibhausgasen, die
32 sich dadurch ergibt, dass in anderen Teilen der Welt Futter angebaut wird
33 für die Tiere in der hiesigen Landwirtschaft – und zwar auf satten 2,5
34 Millionen Hektar.

35 Besonders für Industriestaaten bedeutet dies eine vollständige
36 Dekarbonisierung aller Sektoren bis zum Jahr 2050. Diesen Beschluss gilt
37 es in Rheinland-Pfalz und Deutschland durch die Schaffung entsprechender

38 gesetzlicher Rahmenbedingungen umzusetzen. RLP hat mit seinem
39 Klimaschutzgesetz und Klimaschutzkonzept schon die ersten Schritte
40 eingeleitet. Je früher der Ausstieg aus der Nutzung fossiler
41 Energieressourcen eingeleitet wird, desto kosteneffizienter wird diese
42 Umstellung von statten gehen und desto größer sind die wettbewerblichen
43 Vorteile für die gesamte Wirtschaft.

44 Für Bündnis 90/Die Grünen ist hingegen klar: Die industrielle
45 Landwirtschaft ist mitverantwortlich für die Klimakrise und ihre
46 weltweiten Folgen wie Dürren, Stürme, Hochwasser und die Zerstörung der
47 Lebensgrundlagen von Menschen in allen Teilen der Welt. Echter Klimaschutz
48 kann nur dann erreicht werden, wenn die Landwirtschaft ihre Verantwortung
49 ernst nimmt und in die Anstrengungen einbezogen wird, unser Klima zu
50 schützen. Gutachten zeigen das Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und
51 der Bauernverband mit ihrer Meinung falsch liegen, die Landwirtschaft in
52 Deutschland könne von einer fortschrittlichen Klimapolitik verschont
53 werden – unter anderem mit dem absurden Argument, deutsche Agrarexporte
54 trügen zur Sicherung der Welternährung bei.

55 Wir wollen und werden uns dieser Herausforderung stellen. Wir haben aber
56 keine Zeit mehr zu verlieren.

57 Klimaschutz durch eine grüne Landwirtschaft

58 Wir wollen eine Agrarwende – hin zu einer grünen Landwirtschaft, die das
59 Klima, die Tiere und die Umwelt schützt. Auf dem Weg dorthin müssen wir
60 die richtigen Stellschrauben drehen. Dazu zählt unter anderem ein
61 Klimaschutzgesetz auf Bundesebene, das für alle Wirtschaftsbereiche
62 Klimaschutzziele bis 2050 samt Zwischenzielen vorgibt und sie so in die
63 Verantwortung nimmt.

64 Folgende Schritte wollen wir gehen, um eine klimafreundliche Agrarwende zu
65 erreichen:

66 Tierhaltung – Klasse statt Masse

67 Wir wollen eine Tierhaltung die auf Qualität setzt. Für die gegenwärtig
68 praktizierte Tierhaltung haben wir in Deutschland nicht die Ackerflächen,
69 um Futtermittel umweltverträglich anzubauen. Weiter haben nicht die
70 Flächen um die anfallenden Güllemassen so auszubringen, dass sie von
71 Pflanzen und Boden tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen
72 werden können. Aus unserer Sicht sollte daher eine Begrenzung der Tierzahl
73 auf zwei Großvieheinheiten pro Hektar Voraussetzung für jegliche
74 Agrarförderung sein. Außerdem gehören Kühe und Schafe für uns auf die
75 Weide. Wiederkäuer sind hervorragend zur Bewirtschaftung und dem Erhalt
76 von wertvollem Grünland geeignet. Eine solche Haltung gliedert sich
77 optimal in eine bäuerliche standortgebundene Landwirtschaft ein.

78 Moorböden schützen

79 Die Nutzung der Moorböden müssen wir einschränken. Sie dürfen nicht mehr
80 umgebrochen oder entwässert werden, sämtliche Zuschüsse zur Entwässerung
81 solcher Böden und Direktzahlungen für Ackerbau auf Moorböden müssen
82 gestrichen werden. Wir müssen in den Ländern Moorrenaturierungsprojekte
83 entwickeln, damit bis 2020 mindestens 20 Prozent der heute extensiv

84 genutzten Niedermoore einer natürlichen Entwicklung unterliegen.
85 Regenerierbare Moorböden wollen wir dauerhaft wiedervernässen. Der
86 bundesweite industrielle Torfabbau muss beendet werden. Wo stark
87 degradierte Moorböden nicht mehr wiedervernässt werden können,
88 unterstützen wir eine extensive Nutzung, z.B. als Streuobstwiesen oder
89 Weiden für Rinder oder Schafe.

90 Extensives Grünland erhalten

91 Um Wiesen und Weiden und ihren Nutzen für das Klima zu erhalten, wollen
92 wir ihren Umbruch beenden. Erhalten hat oberste Priorität – denn auch wenn
93 Grünland zum „Ausgleich“ neu angelegt wird, wird dabei im ersten Jahr nur
94 halb so viel Kohlenstoff im Boden fixiert, wie bei Umbruch freigesetzt
95 wird. Wir brauchen eine verbindliche nationale Grünlandstrategie.

96 Stickstoffüberschüsse senken, gesunde Böden fördern

97 Dafür brauchen wir Regeln, die greifen – ob Düngegesetz und -verordnung
98 oder Richtlinie der Luftreinhaltung (NEC-Richtlinie). Bei Düngegesetz und
99 -verordnung wollen wir vor allem für belastete Gebiete eine deutliche
100 Begrenzung der Menge an Düngemitteln, die ausgebracht werden darf.
101 Rückgrat ist eine ordentliche Bilanzierung, die wir mit der so genannten
102 „Stoffstrombilanz“ erreichen wollen.

103 Wir wollen Forschung und Beratung im Bereich der humussteigernden,
104 agrarökologischen Bewirtschaftungsmethoden ausbauen und stärken. Zu diesen
105 Methoden gehören Mischkulturen und ganzjährige Bodenbedeckung ebenso wie
106 Fruchtfolgen und Agroforstsysteme. Auch ein vielfältiges Bodenleben erhöht
107 die Speicherkraft. Chemisch-synthetische Mineraldünger und Pestizide
108 schädigen jedoch die Lebewesen im Boden und ihr Gesamtgefüge. Daher wollen
109 wir ihre Verwendung deutlich reduzieren und eine
110 Stickstoffüberschussabgabe und eine Pestizidabgabe prüfen.

111 Um Böden vor weiterem Schaden zu schützen, fordern wir eine EU-weite
112 Bodenschutzrichtlinie sowie eine Honorierung von Maßnahmen zum Humusaufbau
113 auf sehr humusarmen Böden im Rahmen einer reformierten Förderstruktur der
114 GAP. Zudem müssen die Maßgaben für Böden in der so genannten „Guten
115 Fachlichen Praxis“ konkretisiert und Verstöße sanktioniert werden.

116 Klimafreundlich fördern

117 Bei einer künftigen Reform der Agrarpolitik auf EU-Ebene (ab 2020) setzen
118 wir uns dafür ein, dass nur noch solche Betriebe gefördert werden, die
119 auch klimafreundlich wirtschaften. Generell soll es nach 2020
120 Agrarförderung nur noch für Betriebe geben, die sich im Bereich Klima-,
121 Umwelt-, Natur-, und Tierschutz engagieren und Arbeitsplätze schaffen.
122 Bereits jetzt fordern wir aber, die bestehenden Spielräume zu nutzen und
123 15 Prozent der EU-Gelder aus der ersten in die zweite Säule zu schichten.
124 Damit steht mehr Geld für so genannte Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen zur
125 Verfügung steht. Bundesmittel müssen insbesondere kostspielige Vorhaben
126 flankieren, wie die Renaturierung von Moorböden.

127 Ökolandbau stärken

128 Laut dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) ist der
129 Ökolandbau um 15 bis 20 Prozent „klimafreundlicher“ als die konventionelle
130 Landwirtschaft. Das liegt am besseren Humusaufbau und den niedrigeren
131 Lachgasemissionen. Wir wollen den Ökolandbau bis 2020 auf 20 Prozent der
132 Fläche sehen. Als ersten Schritt in diese Richtung wollen wir das
133 Bundesprogramm Ökolandbau wieder komplett dem Ökologischen Landbau widmen
134 und es auf 60 Millionen Euro aufgestockt wird.

135 Lebensmittelverschwendung eindämmen

136 Allein in Deutschland landen im Jahr rund 18 Millionen Tonnen an Nahrung
137 im Müll, 10 Millionen Tonnen davon wären vermeidbar - und damit verbunden
138 auch eine Menge Einsparpotential an unnötigen THG-Emissionen, die bei der
139 Erzeugung der Lebensmittel entstehen. Die Wissenschaftlichen Beiräte für
140 Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie für
141 Waldpolitik beim BMEL gehen davon aus, dass durch eine Vermeidung aller
142 Lebensmittelverluste allein in Privathaushalten THG-Einsparungen in Höhe
143 von 12 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr realisierbar wären. Ebenso wie
144 die EU-Kommission haben wir das Ziel, Lebensmittelabfälle in der EU bis
145 2020 zu halbieren. Und wir wollen dafür alle in die Pflicht nehmen: Mit
146 verbindlichen, branchenspezifischen Reduktionszielen auf sämtlichen Stufen
147 der Wertschöpfungskette.

148 CO₂-Senkenfunktion stärken

149 Auf europäischer Ebene setzen wir uns mit den anderen Grünen Ländern dafür
150 ein, dass der so genannte LULUCF-Sektor (Treibhausgase aus Landnutzung,
151 Landnutzungsänderungen und der Forstwirtschaft) langfristig eine stabile
152 negative Emissionsbilanz aufweisen und damit seine Senkenfunktion
153 wahrnehmen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Belange der Ökologie
154 und des Klimaschutzes nicht gegeneinander ausspielt und insbesondere ein
155 Anrechnung von Emissionsminderungen, die nur auf dem Papier existieren,
156 sicher ausgeschlossen werden. Der LULUCF-Sektor muss sich selbstständig an
157 der Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad beteiligen und
158 darf im EU Energie- und Klimarahmen nicht zur Schwächung der
159 Emissionsreduktionen anderer Sektoren missbraucht werden

160 Die Treibhausgasreduzierungen im LULUCF-Sektor sollten z.B. durch einen
161 stetigen europa-weiten Auf- und Ausbau der Holzreserven im Wald und in
162 langlebigen Holzprodukten, eine Wiedervernässung von Mooren und
163 Feuchtgebieten sowie eine nachhaltige und ökologische Landbewirtschaftung
164 geschehen. Wir sind der Überzeugung, dass bestehende EU-Fördermechanismen
165 wie die GAP, Life+ oder ELER konsequent an den Erfordernissen des
166 Klimaschutzes ausgerichtet werden sollten und fordern die EU-Kommission
167 auf, eigene Förderinstrumente zu entwickeln, die gezielt und langfristig
168 die Senkenfunktion für CO₂ des LULUCF-Sektors stärken.

169 Die Landesregierung wird aufgefordert:

170 Sich bei der Bundesregierung und der EU dafür einzusetzen das unter
171 Koordinierung des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft, dem
172 Bundesministerin für Umwelt umgehend ein Bündel von wirksamen und
173 treffsicheren kurz- und langfristigen Klimaschutzmaßnahmen verbindlich zu
174 verankern und sofort mit der Umsetzung zu beginnen ist.

Begründung

erfolgt mündlich